



3 Die räumliche Polarisierung von Armut in der Stadt

Ursachen, Ausprägungen und soziale Folgen

Seit Mitte der 1970er Jahre vollzieht sich in den westlichen Industrieländern ein ökonomischer und gesellschaftlicher Wandel, der insbesondere in den Großstädten eine deutliche Verschärfung der sozialen Ungleichheiten innerhalb der Bevölkerung zur Folge hat. So führt der Abbau von Industriearbeitsplätzen zugunsten neuer produktionsorientierter Dienstleistungen zu deutlichen Einkommensdisparitäten, einer steigenden Arbeitslosigkeit und Armut. Aufgrund von Prozessen der Individualisierung und Pluralisierung von Lebensformen verändern sich die Familien- und Haushaltsstrukturen mit der Folge einer Schwächung verwandtschaftlicher Unterstützungsnetzwerke. Insbesondere für Alleinstehende und alleinerziehende Eltern steigt damit das Risiko von Armut und der Abhängigkeit von staatlichen Transfers. Die Zunahme der Bevölkerung mit Migrationshintergrund trägt zu einer wachsenden ethnischen Heterogenität und im Zuge dessen zu einer Erhöhung der sozialen Distanz in den Städten bei. Die vielfach geringere schulische und berufliche Qualifikation der Migranten führt zu einer weiteren Verfestigung sozialer Disparitäten.

Die beschriebenen Entwicklungen verweisen auf Tendenzen zu einer sozialen Spaltung der Gesellschaft, die sich innerhalb der Städte auch räumlich in Form einer zunehmenden Polarisierung sozialer Gruppen in den Wohnquartieren zeigt. Aufgrund verschiedener Mechanismen des Wohnungsmarktes bilden sich in bestimmten städtischen Teilgebieten räumliche Konzentrationen von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen heraus, die sich aufgrund der sozialen Problematik und der vielfach auch ethnischen Heterogenität der Bewohner zu sehr konfliktreichen Milieus entwickeln können und zunehmend als »überforderte Nachbarschaften«¹ beschrieben werden. Die Brisanz derartiger Problemgebiete besteht insbesondere darin, dass sie auf die Bewohner, über deren individuelle Benachteiligung

zum Beispiel eine geringe berufliche Qualifikation – hinaus, aufgrund negativer Effekte des Wohnumfelds zusätzlich benachteiligend wirken. Das Wohnquartier trägt somit zu einer Verfestigung der oftmals prekären sozialen Lage der Bewohner bei. Derart negative Quartierseffekte konnten in Bezug auf die Dauer von Armutslagen² beziehungsweise auf das Ausmaß von Jugenddelinquenz³ im Rahmen empirischer Studien aufgezeigt werden.

Dieser Beitrag beschreibt die Ursachen, Ausprägungen und sozialen Folgen einer zunehmenden räumlichen Polarisierung sozialer Ungleichheit, die innerhalb der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung als soziale Segregation bezeichnet wird. Zur besseren Einordnung der gegenwärtigen Entwicklungen wird das Phänomen der sozialen Segregation zunächst in eine historische Perspektive gestellt. Anschließend werden die Prozesse einer fortschreitenden sozialen Spaltung der Gesellschaft umrissen, um nachfolgend näher auf die Ursachen, Entwicklungen und sozialen Konsequenzen der zunehmenden räumlichen Polarisierung innerhalb der Städte einzugehen. Abschließend werden Strategien zur Stabilisierung beziehungsweise Verminderung der räumlichen Konzentrationen sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen benannt.

3.1 Soziale Segregation im historischen Verlauf

Die soziale Segregation verschiedener Bevölkerungsgruppen in den Städten ist kein neues Phänomen. Schon immer haben sich soziale Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft auch in den räumlichen Strukturen der Städte widerspiegelt. So bestand in der vorindustriellen Bürgerstadt eine deutliche räumliche Trennung der verschiedenen sozialen Gruppen zum Beispiel in Viertel der Kaufleute und der Hand-

1 Vgl. Krings-Heckemeier/Pfeiffer 1998.

2 Vgl. Farwick 2001.

3 Vgl. Oberwittler 2004.

werker.⁴ Innerhalb der Handwerkerquartiere gab es wiederum eine räumliche Trennung der verschiedenen Zünfte in einzelnen Straßen und Gassen. Insbesondere die stark wachsende industrielle Stadt des ausgehenden 19. Jahrhunderts war durch eine scharfe räumliche Separation zwischen den großzügig gestalteten Wohnvierteln des städtischen Bürgertums sowie der Industriellen in privilegierter Lage und den meist in Fabriknähe gelegenen ›schlechten Vierteln‹ der Arbeiterklasse⁵ geprägt. Mit der rapiden Zunahme des Industrieproletariats spitzten sich die sozialen und hygienischen Zustände in den Elendsquartieren immer weiter zu, bis schließlich sozialpolitisch engagierte Bewegungen gegenstürzten und der Staat strengere bauliche Mindeststandards sowie stadtplanerische Regelungen durchsetzte.

Mit der schrittweisen Verringerung der Klassegegensätze im Zuge der Sozialreformen des ausgehenden 19. Jahrhunderts und aufgrund der wachsenden Bildungsbeteiligung der Arbeiter hatte sich das Ausmaß von Armut in den Städten bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts deutlich verringert und auch die soziale Segregation zwischen den Bevölkerungsgruppen nahm ab.⁶ Insbesondere der nach dem Ersten Weltkrieg einsetzende öffentlich geförderte soziale Wohnungsbau, der mit dem Ziel antrat, bezahlbare Wohnungen ›für die breiten Bevölkerungsschichten‹ bereitzustellen, trug zur Verminderung des krassen Gegensatzes zwischen den wohlhabenden und den ärmlichen Wohnquartieren bei.

Nach dem Zweiten Weltkrieg brachte das im Zuge des Wiederaufbaus einsetzende, lang anhaltende Wirtschaftswachstum der 1950er und 1960er Jahre den sozialen Aufstieg für weite Teile der Bevölkerung und führte zusammen mit der enormen Ausweitung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen zu einer weiteren Angleichung der sozialen Schichten. Bereits kurz nach dem Krieg wurde der soziale Wohnungsbau zur Bekämpfung der Wohnungsnot massiv ausgebaut. Zudem wurde im Verlauf der 1960er und 1970er Jahre in vielen Großstädten eine radikale Flächensanierung vernachlässigter innerstädtischer Altbauquartiere durchgeführt, infolgedessen die überwiegend sozial schwachen Bewohner dieser Gebiete zu

großen Teilen in die neu entstandenen Großwohnsiedlungen an den Rändern der Städte umsiedelten.⁷ Sowohl die ökonomischen und sozialstaatlichen als auch die städtebaulichen Entwicklungen trugen zu einer weiteren Verringerung der sozialen Segregation bei. Armut galt nur noch als das sozialpolitisch beherrschbare Problem einer vernachlässigbar kleinen Randgruppe.

Ab Mitte der 1970er Jahre zeigten sich jedoch die ersten wirtschaftlichen Krisen der Nachkriegszeit und spätestens seit den 1980er Jahren griffen Arbeitslosigkeit und Armut wieder um sich. Erneut mehrten sich die Anzeichen einer sich verfestigenden räumlichen Konzentration sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen.⁸ Beschleunigt wurde die soziale Segregation durch die seit den 1960er Jahren anhaltende Suburbanisierung. Während die wohlhabenderen Haushalte zugunsten eines Eigenheims im Grünen verstärkt aus den innerstädtischen Altbauquartieren sowie den Großwohnanlagen des sozialen Wohnungsbaus fortzogen, blieben die sogenannten ›A-Gruppen‹ (Arbeitslose, Arme, Alte, Ausländer) aufgrund ihrer geringeren finanziellen Mittel in diesen Gebieten zurück.

Vor dem Hintergrund der lang anhaltenden historischen Phase abnehmender sozialer Ungleichheiten bis Mitte der 1970er Jahre erscheinen die seit einiger Zeit beobachtbaren Prozesse einer erneut zunehmenden Polarisierung der städtischen Bevölkerung als ein Rückfall in Richtung einer sozial und räumlich gespaltenen Gesellschaft, die lange Zeit als überwunden galt.⁹ Im Folgenden wird näher auf die Ursachen und Tendenzen dieser gesellschaftlichen Spaltung eingegangen.

4 Vgl. Schäfers 2000, 67 ff.

5 Vgl. von Saldern 2000, 81 f.

6 Vgl. Harth/Herlyn/Scheller 1998, 14 f.

7 Vgl. Harth/Herlyn/Scheller 1998, 18.

8 Vgl. Farwick 2001, 74 ff.

9 Vgl. Häußermann/Kronauer/Siebel 2004, 10.

3.2 Ursachen und Entwicklung der neuen sozialen Spaltung

Der ökonomische Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft bildet eine der wesentlichen Ursachen der voranschreitenden sozialen Polarisierung. Im Verlauf dieses anhaltenden Tertiärisierungsprozesses gehen aufgrund des massiven Abbaus von Industriearbeitsplätzen vor allem Erwerbsmöglichkeiten für unqualifizierte Arbeiter verloren. Gerade die relativ gesicherten industriellen Arbeitsplätze mit geringen Qualifikationsanforderungen haben in der Vergangenheit der schlechter ausgebildeten Bevölkerung einen sozialen Aufstieg ermöglicht. In den neu entstehenden Dienstleistungsbereichen der Medien- und Kommunikationsbranche sowie den unternehmensorientierten Dienstleistungen (zum Beispiel der Finanz- und Rechtsberatung) werden vor allem Arbeitsplätze für höherqualifizierte Bevölkerungsgruppen geschaffen. Demgegenüber sind Geringqualifizierte verstärkt auf Arbeitsplätze im Bereich der hausorientierten Dienstleistungen, der sogenannten ›McJobs‹ verwiesen, die sich durch geringe Einkommen und unsichere Arbeitsverhältnisse auszeichnen.¹⁰

Die Auswirkungen des Wandels der Wirtschaft zeigen sich in wachsenden Einkommensunterschieden.¹¹ Während die Einkommen in den oberen Bereichen der Einkommensskala seit Anfang der 1990er Jahre deutlich anstiegen, ist innerhalb der Gruppe der Geringverdiener ein starker Rückgang zu verzeichnen.¹² Insbesondere die Zunahme von geringfügigen und Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen, vor allem bei Frauen, hat zu derartigen Verlusten im unteren Einkommenssegment beigetragen.¹³ Immer häufiger reichen die durch Arbeit erzielten Einkommen nicht mehr aus, um den erwerbstätigen Haushalten ein Leben oberhalb der Armutsgrenze von 60 Prozent des nach Haushaltsgröße und Zusammensetzung gewichteten Nettoeinkommens (Nettoäquivalenzeinkommen) zu sichern.

Ein weiterer Effekt des ökonomischen Wandels besteht in der seit längerem anhaltenden strukturellen Arbeitslosigkeit.¹⁴ So stieg die Arbeitslosenquote in Westdeutschland von unter 4 Prozent im Jahr 1980 auf 9 Prozent

(11 Prozent für Gesamtdeutschland) im Jahr 2006 an.¹⁵ Großstädte wie Bremen, Dortmund, Essen und Köln erreichten trotz des im Jahr 2006 einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwungs immer noch Spitzenwerte von 13 bis 18 Prozent.

Geringe Einkommen, hohe Arbeitslosigkeit, aber auch die zunehmende Zahl von Einpersonnen- und Alleinerziehenden-Haushalten mit schwach ausgebildeten familiären Unterstützungsnetzwerken, tragen dazu bei, dass immer mehr Menschen auf staatliche Transferzahlungen zur Sicherung des Lebensunterhalts angewiesen sind. So stieg der Anteil der Sozialhilfebezieher (Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, im Folgenden HLU a. E.) an der Bevölkerung von 1,4 Prozent im Jahr 1980 auf 3,5 Prozent im Jahr 2004 an.¹⁶ In Großstädten wie Berlin, Bremen und Dortmund beliefen sich die Sozialhilfequoten auf über 8 Prozent.¹⁷ Insbesondere alleinlebende Männer, alleinerziehende Frauen sowie Kinder und Jugendliche beziehungsweise kinderreiche Familien und die ausländische Bevölkerung sind in hohem Maße von Armut betroffen.¹⁸ Mit der Einführung des Gesetzes zur Modernisierung des Arbeitsmarktes (Hartz IV) sowie der Reformen des Sozialgesetzbuches (SGB XII) im Jahr 2005 fallen große Teile der von Arbeitslosigkeit betroffenen Bevölkerung aus dem System der Arbeitslosenversicherung heraus. Folglich stieg die Quote der Bezieher von staatlichen Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts¹⁹ bis zum Jahr 2006 deutlich an und erreichte in den Städten Bremen und Dortmund Höchstwerte von 15 beziehungsweise 16 Prozent, in Berlin sogar 19 Prozent.²⁰

¹⁰ Vgl. Häußermann/Siebel 1995, 82 ff.

¹¹ Vgl. BMAS 2005, 16 ff.; Goebel/Habich/Krause 2006, 609.

¹² Vgl. Alber/Fliegner 2006, 23.

¹³ Vgl. BMAS 2005, 17 ff.

¹⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt 2006, 97.

¹⁵ Vgl. Bundesagentur für Arbeit 2007, 2.

¹⁶ Vgl. BMAS 2005, 17; Statistisches Bundesamt 2005.

¹⁷ Vgl. Statistisches Landesamt Bremen 2006, 277.

¹⁸ Vgl. BMAS 2005, 60 ff. und Anhangtabelle II.5.

¹⁹ Vgl. SGB II, HLU nach SGB XII, Grundsicherung nach SGB XII.

²⁰ Vgl. Con_Sens 2007, 8.

Ein zusätzlicher Indikator für das Abrutschen von Teilen der Bevölkerung in prekäre Lebensverhältnisse ist der Anstieg der Fälle von Überschuldung. So hatte sich die Zahl der überschuldeten privaten Haushalte von 1,2 Millionen im Jahr 1989 auf 3,4 Millionen im Jahr 2006 nahezu verdreifacht.²¹ Allein zwischen 2004 und 2006 erhöhte sich die Zahl der überschuldeten Personen um 10 Prozent auf einen Wert von 7,2 Millionen Personen. Somit war im Jahr 2006 jede zehnte Person über 18 Jahre überschuldet. In den größeren Städten Berlin, Düsseldorf und Duisburg erreichte die Schuldnerquote Werte von über 15 Prozent.²² Demgemäß stieg auch die Zahl der Verbraucherinsolvenzen nach Einführung eines entsprechenden Verfahrens im Jahr 1999 von circa 1.600 auf 92.000 Fälle im Jahr 2006 an.²³

Insgesamt verweisen die beschriebenen Prozesse auf eine deutliche Entwicklung in Richtung einer sozial gespaltenen Gesellschaft: Während die Zahl der Reichen steigt, nimmt gleichzeitig auch die Zahl der Armen deutlich zu.

3.3 Ursachen der zunehmenden räumlichen Polarisierung

Die wachsende soziale Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft spiegelt sich in den Wohnstandortmustern der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in den Städten wider. Die soziale Segregation von Haushalten ergibt sich generell aus einem Zusammenspiel von Akteuren auf der Angebots- sowie auf der Nachfrageseite des Wohnungsmarktes.²⁴ Grundeigentümer, Investoren, Kreditinstitute, Architekten, Wohnungsbauträger, Vermieter und Makler entscheiden innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen über die Herstellung und Verteilung von Wohnraum und geben damit das Angebot an Wohnungen vor. Im Bereich des freien Mietwohnungs- beziehungsweise Eigentumsmarktes werden die Wohnungen nach wirtschaftlichen Kriterien je nach Qualität und Lagegunst zu einem bestimmten Mietzins beziehungsweise Immobilienpreis angeboten. Im Falle des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus, der sich durch eine Mietpreis- und Belegungsbindung der kommunalen Woh-

nungsämter auszeichnet, sind die Marktmechanismen hingegen aufgrund eines heruntersubventionierten Mietzinses bis zu einem gewissen Grad außer Kraft gesetzt.

Die Angebotsseite bestimmt somit den Rahmen, in dem sich die privaten Haushalte als Akteure der Nachfrageseite gemäß ihrer spezifischen Präferenzen, aber auch der ihnen auferlegten Restriktionen mit Wohnraum versorgen.²⁵ Während sich die Präferenzen der Nachfrager unter anderem nach Stellung im Lebenszyklus, Haushaltszusammensetzung, ethnischer Zugehörigkeit und Lebensstil unterscheiden, ergeben sich die Restriktionen vor allem aus ihren ökonomischen Ressourcen. Zudem können auch kulturelle Kompetenzen der Nutzung verschiedener formeller Informationsquellen sowie das sich durch informelle Informationskanäle auszeichnende soziale Kapital bei der Suche einer Wohnung von Bedeutung sein. Schließlich bilden Mechanismen der Wohnungsverteilung zum Beispiel durch kommunale Wohnungsämter sowie Formen sozialer Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen weitere Einschränkungen beim Zugang zu Wohnraum.

Das auf einzelne Nachfragegruppen zielende, räumlich gegliederte Wohnungsangebot kanalisiert die Haushalte in bestimmte Wohnquartiere. Einkommensstarke Haushalte, die aufgrund nur geringer Restriktionen ihren Wohnstandort weitgehend nach den eigenen Präferenzen auswählen, wohnen folglich – freiwillig segregiert – in privilegierter Lage. Einkommensschwache und/oder verstärkt sozialer Diskriminierung ausgesetzte Haushalte finden sich demgegenüber – infolge einer überwiegend erzwungenen Segregation – entweder in Wohnquartieren wieder, in denen sich aufgrund einer unattraktiven Lage sowie der geringen Qualität der Wohnungen nur ein geringer Mietzins erzielen lässt. Oder sie konzentrieren sich in Beständen des sozialen Wohnungsbaus, in denen die kommunalen

21 Vgl. BMAS 2005, 50; Creditreform 2006, 3.

22 Vgl. Creditreform 2006, Anhangtabelle.

23 Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2007, 38.

24 Vgl. Farwick 2001, 54 ff.

25 Vgl. Farwick 2001, 57 f.



Wohnungsämter Belegungsrechte haben. Allgemein zeigt sich hinsichtlich des Ausmaßes der sozialen Segregation, dass sowohl die wohlhabendsten als auch die ärmsten Bevölkerungsgruppen am stärksten segregiert leben, während sich die mittleren Einkommensgruppen am wenigsten räumlich absondern.²⁶

Die grundsätzlich benachteiligte Situation einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen wird seit einiger Zeit durch zwei Entwicklungen verschärft. So ist seit dem Ende der 1970er Jahre in bestimmten innerstädtischen Quartieren ein deutlicher Trend der Aufwertung bisher preisgünstigen Wohnraums zu beobachten. Dieser, als Gentrification beschriebene Prozess, bezieht sich auf einkommensstarke und gut ausgebildete kinderlose Single- und Zwei-Personenhaushalte, die aufgrund eines spezifischen Lebensstils und bestimmter Konsumgewohnheiten die zumeist innenstadtnahen nutzungsgemischten gründerzeitlichen Quartiere der Städte wiederentdecken und die bisher dort wohnenden unteren Einkommensgruppen verdrängen.²⁷ In den letzten Jahren deutet sich zudem ein breiterer Trend der Wertschätzung urbanen Wohnens in kleinteilig gemischten Strukturen an, der nun auch von jungen Familienhaushalten und der aufgrund des demografischen Wandels bedeutsamer werdenden Gruppe der ›aktiven Alten‹ getragen wird.²⁸

Das Angebot preisgünstiger Wohnungen verringert sich zusätzlich durch den seit Anfang der 1980er Jahre zu beobachtenden Rückzug des Staates aus dem sozialen Wohnungsbau.²⁹ So wird der Bau neuer Sozialwohnungen von staatlicher Seite kaum noch gefördert, während gleichzeitig die bestehenden Wohnungen durch das sukzessive Auslaufen der Mietpreis- und Belegungsbindung in großer Zahl aus dem Sozialwohnungsbestand herausfallen. In der Folge ist die Anzahl der Sozialwohnungen von ehemals 4,0 Millionen (1987) auf 2,1 Millionen (2003) gesunken.³⁰

Über diese beiden Entwicklungen hinaus führt die seit einiger Zeit zu beobachtende Privatisierung von kommunalen Wohnungsbau-gesellschaften, verbunden mit dem Bestreben der neuen Eigentümer, weite Teile ihres Bestands durch Einzelverkäufe an die Mieter

gewinnbringend zu veräußern, zu einem weiteren Verlust an preisgünstigen Wohnungen. Da von diesen Verkäufen in der Regel nur die attraktivsten Bestände betroffen sind, konzentrieren sich die für die sozial schwachen Bevölkerungsgruppen weiterhin zugänglichen Wohnungen räumlich zumeist in weniger attraktiven Lagen.³¹

Aufgrund des immer weiter schrumpfenden Segments preisgünstiger innerstädtischer Wohnungen sowie mietpreis- und belegungsgebundener Sozialwohnungen auf der einen Seite und des durch die gesellschaftliche Polarisierung wachsenden Nachfragedrucks auf diesen Bestand auf der anderen Seite, sind die einkommensschwachen Haushalte in immer stärkerem Maße auf diejenigen Wohnungsbestände verwiesen, die von der übrigen Bevölkerung aufgrund ihrer geringen Wohnqualität weitgehend gemieden werden. Zum einen sind dies Bereiche traditioneller innerstädtischer Arbeiterquartiere, die sich aufgrund nahegelegener Gewerbegebiete oder Hauptverkehrsstraßen durch hohe Luftverschmutzung sowie Lärmbelästigung auszeichnen. Zum anderen handelt es sich um die monoton gestalteten und durch eine mangelnde private Infrastruktur sowie schlechte verkehrliche Anbindungen gekennzeichneten Bestände der peripher gelegenen Großwohnanlagen des sozialen Wohnungsbaus der 1960er und 1970er Jahre. In diesen zwei Gebietstypen ist seit längerem eine deutliche Konzentration sozial schwacher Bevölkerungsgruppen zu beobachten.

Die in den beiden Quartierstypen wohnende Bevölkerung ist von den beschriebenen ökonomischen und sozialen Transformationen besonders betroffen. Dementsprechend nimmt in diesen Gebieten das Ausmaß von Arbeitslosigkeit und Armut überdurchschnittlich zu. Es kommt zu einer Verminderung der Kaufkraft, Geschäfte müssen schließen, Nachbarschaft-

26 Vgl. Harth/Herlyn/Scheller 1998, 19 f.

27 Vgl. Friedrichs/Kecskes 1996.

28 Vgl. DIFU 2006.

29 Vgl. Häußermann/Siebel 1996, 157.

30 Vgl. IWU 2005, 12.

31 Vgl. Häußermann/Siebel/Kronauer 2004, 32.

ten werden aufgrund der sozialen Probleme der Bewohner zunehmend durch soziale Distanz sowie ein hohes Maß an Konflikten geprägt.³² Aus den ehemaligen einkommensschwachen, aber noch sozial stabilen Gebieten, entwickeln sich Armutsgebiete, deren Wohnumfeld die Bewohner zusätzlich benachteiligt. Ein wesentlicher Aspekt der Entstehung von Armutsgebieten besteht also in der sozialen Abwärts-Mobilität der in den betroffenen Quartieren bereits wohnenden sozial schwachen Bevölkerung.³³ Dieser sogenannte ›Fahstuhleffekt nach unten‹³⁴ ist das Resultat eines sich seit längerem vollziehenden Prozesses der generellen Entmischung der städtischen Bevölkerung, in deren Verlauf sich Bevölkerungsgruppen mit einem hohen Risiko des sozialen Abstiegs in bestimmten Teilgebieten der Städte konzentrieren.

Verstärkt wird die Abwärtsentwicklung von Quartieren durch Prozesse der selektiven Migration. Nehmen die sozialen Konflikte zwischen den Bewohnern zu, treten Verwahrlosungserscheinungen im öffentlichen Raum immer offener zu Tage und verändert sich zudem das Angebot an Läden und Dienstleistungsbetrieben im Qualitätsniveau nach unten, ziehen sozial besser integrierte Haushalte – vor allem mit Kindern – fort.³⁵ Die sozial schwachen Bevölkerungsgruppen bleiben zurück oder sie ziehen vermehrt sogar noch in die Gebiete zu, da sie in anderen Quartieren wegen der hohen Mieten oder aufgrund von Prozessen der sozialen Diskriminierung keine Wohnungen finden. Derartige Prozesse der selektiven Migration zeigen sich besonders in Städten mit einem entspannten Wohnungsmarkt, da unter diesen Bedingungen eine zunehmende Zahl von Haushalten mit ausreichendem Einkommen gemäß ihrer Präferenzen ohne große Preiszuschläge zwischen immer mehr Standortoptionen wählen und sozial benachteiligte Wohnquartiere verlassen kann.³⁶ Da aufgrund des demografischen Wandels in vielen Städten mit einer weiterhin verminderten Nachfrage nach Wohnungen zu rechnen ist, wird sich bei fortschreitenden Polarisierungstendenzen innerhalb der Gesellschaft das Ausmaß der räumlichen Konzentration sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen in diesen Städten zunehmend verschärfen.

3.4 Entwicklungen einer zunehmenden sozialen Segregation

Das Ausmaß der ungleichen Verteilung von Bevölkerungsgruppen in städtischen Teilgebieten lässt sich mithilfe eines Indexes der Segregation (IS) auf der gesamtstädtischen Ebene erfassen. Dieser Segregationsindex kann (Prozent-)werte zwischen null und 100 annehmen und beschreibt den Anteil einer betrachteten Bevölkerungsgruppe, der umziehen müsste, um – gemessen an der restlichen Bevölkerung – eine Gleichverteilung über das gesamte Stadtgebiet hinweg zu erreichen. Ein Wert von null steht somit für eine vollständige Mischung, während ein Wert von 100 eine vollständige Segregation bedeutet.

Bei der Interpretation der Indexwerte ist zu beachten, dass diese stark von der zugrunde gelegten Untergliederung der Gesamtstadt in einzelne Teilgebiete abhängen. So gilt allgemein, je größer die Teilgebiete, desto inhomogener stellen sie sich in Bezug auf die räumliche Verteilung der zu untersuchenden Bevölkerungsgruppe dar und desto kleiner fällt der Segregationsindex aus. Aus diesem Grund sind die Segregationsindizes verschiedener Städte nicht unmittelbar miteinander vergleichbar.³⁷

Im Folgenden wird mithilfe des Indexes der Segregation das Ausmaß der sozialen Segregation anhand der Ungleichverteilung der Gruppe der Sozialhilfeempfänger (HLU a. E.) bis zum Jahr 2004 sowie der Empfänger staatlicher Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (SGB II, HLU nach SGB XII, Grundsicherung nach SGB XII) für das Jahr 2005 beschrieben. Die in Tabelle 1 ausgewiesenen Indizes entstammen zweier Analysen vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung in Kooperation mit dem Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung³⁸ sowie von Klagge (1999 und 2005) und werden durch Berechnungen auf der Basis eigener Erhebungen ergänzt.

32 Vgl. Häußermann/Kapphan 2004, 214.

33 Vgl. Farwick 2001, 106.

34 Vgl. Häußermann/Siebel 2004, 160.

35 Vgl. Häußermann/Kapphan 2004, 213 f.

36 Vgl. Häußermann/Kapphan 2004, 215; ILS/ZEFIR 2003, 10.

37 Vgl. Janßen 2004.

38 Vgl. ILS/ZEFIR 2003.

Tabelle 1: Segregationsindizes (IS) zur Beschreibung des Ausmaßes der sozialen Segregation von Sozialhilfebeziehern (HLU a. E.) bzw. Beziehern von staatlichen Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (SGB II, HLU nach SGB XII, Grundsicherung nach SGB XII) für ausgewählte Städte (1981 bis 2005)

Stadt	IS _{Sozialhilfebezieher}															IS _{Transferleistungsbezieher}		
	1982	1986	1988	1990	1991	1992	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Bremen (77)*	22,6	-	23,7	-	-	22,3	-	-	-	-	24,3	24,3	24,8	24,9	25,1	26,3	25,1	25,4
Dortmund (62)*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	26,9	-	-	28,4	27,6	27,6
Düsseldorf (48)*	-	21,1 ²⁾	-	19,9 ²⁾	-	-	21,4 ²⁾	21,6 ²⁾	22,0 ³⁾	-	-	22,4	-	-	-	23,3	22,3	
Essen (50)*	24,1 ²⁾	24,2 ²⁾	25,2 ²⁾	-	23,2 ²⁾	-	-	-	25,2 ³⁾	25,4 ¹⁾	25,9 ¹⁾	25,7	-	-	-	27,1	25,6	26,0
Frankfurt (45)*	-	13,9 ²⁾	-	-	12,0 ²⁾	-	-	14,6 ²⁾	14,9 ³⁾	-	-	16,1	-	-	-	17,4		
Hannover (48)*	-	21,7 ²⁾	-	-	-	-	21,3 ³⁾	-	21,0 ³⁾	-	-	21,0	-	-	-	21,6	21,5	21,4
Köln (85/84)*	-	-	-	-	-	-	23,5 ¹⁾	-	-	-	-	27,2	27,3	-	-	27,9	27,0	
Stuttgart (112)*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	21,6	-	-	-	22,3	21,8	
Wuppertal (69/64)*	-	-	-	-	-	-	-	24,0 ¹⁾	-	-	-	25,7	25,6	26,1	27,1	26,8		

* Werte in Klammern = Anzahl der Raumeinheiten;

IS-Werte bis 1993 beziehen sich auf jahreskumulierte Sozialhilfeempfängerdaten,

IS-Werte ab 1995 auf Jahresendzahlen

(zur Vergleichbarkeit der beiden Statistiken vgl. Farwick (2001: 189f))

Quellen: ¹⁾ ILS/ZEFIR (2003: 101); ²⁾ Klagge (1999: 39); ³⁾ Klagge (2005: 75);

Erhebungen bei den Statistischen Ämtern der Städte, eigene Berechnungen.

Daten von Klagge (1999 und 2005) sowie eigene Berechnungen umfassen nur Stadtteile mit durchgehend mehr als 1.000 Einwohnern.

Abgesehen von einer Sonderentwicklung Mitte der 1980er Jahre bis zum Beginn der 1990er Jahre, die durch Zuweisungen von Aussiedlern und Asylbewerbern in Stadtgebiete mit zuvor geringeren Sozialhilfeempfängeranteilen geprägt war, verdeutlichen die Indizes, dass in nahezu allen der aufgezeigten Beispielstädte – mit der Ausnahme von Hannover – seit den 1980er Jahren und insbesondere seit Mitte der 1990er Jahre ein Anstieg der sozialen Segregation von Sozialhilfeempfängern stattgefunden hat. Und auch in Bezug auf die weit- aus größere Zahl von Empfängern staatlicher Transfers stellt sich für das Jahr 2005 eine deutliche räumliche Ungleichverteilung heraus, die in ihren Ausmaßen – wenngleich leicht abgeschwächt – mit der sozialen Segregation der ehemaligen Sozialhilfebezieher vergleichbar ist und in den Städten Bremen sowie Essen bis zum Jahr 2006 einen weiteren Anstieg zu verzeichnen hatte.

Da die Indizes der Segregation keine Aussagen über die Ausprägungen der räumlichen Verteilung von Sozialhilfeempfängern innerhalb der Stadtgebiete erlauben, bleibt zu fragen, in welchem Maße die oben beschriebenen Prozesse innerhalb der Städte den Anstieg der sozialen Segregation bewirkt haben. Einzeluntersuchungen des ILS/ZEFIR (2003) und insbesondere von Klagge (2005) verdeutlichen, dass ein großer Teil des Zuwachses an sozialer Segregation durch innerstädtische Polarisierungsprozesse verursacht wurde.³⁹ So haben einerseits in bevorzugten, statushöheren Wohnquartieren Anteilsrückgänge der Sozialhilfebezieher stattgefunden, die in Zusammenhang mit Gentrifikationsprozessen und dem Auslaufen von Bindungen im Bestand kleinteiliger innerstädtischer Sozialwohnungen der 1950er und 1960er Jahre stehen.⁴⁰ Andererseits hat die Konzentration von Sozialhilfeempfängern in den unattraktiven, zumeist in der Nähe von Gewerbe- und Industrieansiedlungen gelegenen Beständen der traditionellen Arbeiterquartiere aufgrund von Verarmungs-

prozessen und selektiver Migration deutlich zugenommen.⁴¹ Derartige innerstädtische Polarisierungsprozesse zeigen sich auch in der Stadt Bremen (vergleiche Abbildung 1). Während sich in den attraktiven innerstädtischen Gebieten entlang der Weser (Altstadt, Ostertor, Fesenfeld, Steintor und Peterswerder) und in weiten Teilen Schwachhausens die ohnehin schon unterdurchschnittlichen Anteile an Sozialhilfebezieher (HLU a. E.) an der gesamten Wohnbevölkerung im Zeitraum von 1999 bis 2004 weiter verringerten, stiegen in Gebieten wie der Bahnhofsvorstadt, Utbremen, Osterfeuerberg sowie in den traditionellen Arbeiterquartieren Gröpelingen, Woltmershausen und Hemelingen die überdurchschnittlichen Sozialhilfebezieheranteile weiter an (vergleiche Abbildung 1).

In den seit längerem durch hohe Sozialhilfebezieheranteile gekennzeichneten zumeist peripher gelegenen Gebieten des sozialen Wohnungsbaus zeichnete sich demgegenüber eine geringe und teilweise gegensätzliche Dynamik ab. So waren in einigen Großwohnsiedlungen mit besonders hohen Konzentrationen von Sozialhilfebezieher Anteilsrückgänge zu verzeichnen. Diese sind auf eine gezielte Belegungspolitik der De-Segregation von Seiten der Wohnungsämter beziehungsweise Wohnungsbaugesellschaften zurückzuführen⁴², aber auch, wie zum Beispiel im stadtbremischen Ortsteil Tenever (vergleiche Abbildung

39 Vgl. Klagge 2005, 217 ff.

40 Vgl. auch Farwick 2001, 91.

41 Vgl. Klagge 2005, 217.

1), durch den Abriss von Wohngebäuden mit vormals hohen Leerstandsquoten verursacht. In der überwiegenden Zahl der Siedlungen fand jedoch eine weitere Zunahme der Anteile von Sozialhilfeempfängern statt, die sowohl durch Verarmungsprozesse der ansässigen Bevölkerung als insbesondere auch durch einen verstärkten Zuzug von Sozialhilfebeziehern mit Migrationshintergrund zu begründen ist. In der Stadt Bremen zählen zu diesen Quartieren die Großwohnanlagen in Kattenturm, Huchting, Marßel und Grohn (vergleiche Abbildung 1).

In einigen der analysierten Städte war ein Neubau beziehungsweise eine Neuausweisung von Sozialwohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung zu verzeichnen.⁴³ Da die entsprechenden Sozialwohnungen allesamt in Gebieten mit nur geringen Sozialhilfeempfangerteilen geschaffen wurden, haben sie auf der Ebene der Gesamtstadt eine segregationsverringende Wirkung. In den statushohen Stadtrandbereichen einiger Städte wurde in den letzten Jahren zudem verstärkt Bauland für Ein- und Zweifamilienhäuser ausgewiesen, so dass sich, aufgrund des Zuzugs von einkommensstärkeren Bewohnergruppen in diese Gebiete, das Ausmaß der sozialen Segregation innerhalb der Gesamtstadt zusätzlich vergrößerte. In Bremen ist ein derartiger Prozess vor allem im Ortsteil Borgfeld zu beobachten (vergleiche Abbildung 1).

3.5 Soziale Folgen der räumlichen Polarisierung

Mit der sich weiter verschärfenden sozialen Segregation in den Städten gewinnt die Frage nach den sozialen Konsequenzen der räumlichen Konzentration von Problemgruppen zunehmend an Bedeutung. Auch wenn aufgrund verschiedener methodischer Probleme bei der Analyse von Wohnumfeldeffekten⁴⁴ bisher nicht endgültig gesagt werden kann, auf welche Weise und in welcher Intensität benachteiligende Effekte von segregierten Wohnquartieren ausgehen, so gibt es doch eine Reihe von Annahmen, wie diese Effekte vermittelt sein können. Eine generelle Auseinandersetzung mit der Thematik der Handlungsrelevanz von Wohnquartieren zeigt, dass

negative Quartierseffekte im Wesentlichen durch drei Aspekte bedingt sein können⁴⁵: erstens durch eine geringe Ressourcenausstattung aufgrund schwacher sozialer Netze sowie fehlender sozialer Infrastruktur; zweitens durch das Lernen von Handlungsmustern und Normen, die Lebensmöglichkeiten beeinträchtigen, und drittens durch stigmatisierende und diskriminierende Einflüsse benachteiligter Wohnquartiere. Im Folgenden werden die drei Faktoren näher beschrieben.

Das Wohnquartier als Ort mangelnder Ressourcen

Insbesondere für Bevölkerungsgruppen mit einer lokal orientierten Lebensweise, wie dies tendenziell für statusniedrige Bevölkerungsgruppen gilt⁴⁶, ist die Nachbarschaft, das lokale Netz von Verwandten, Freunden und Bekannten aufgrund der daraus resultierenden Unterstützungsleistungen als wichtige handlungsrelevante Ressource zur alltäglichen Lebensbewältigung anzusehen. Gleiches gilt für die Nutzungsmöglichkeit quartiersnaher sozialer Infrastruktureinrichtungen. So haben Einrichtungen der sozialen Dienste im Wohnquartier eine wichtige kompensatorische beziehungsweise flankierende Funktion für fehlende oder unzureichende individuelle Selbsthilfepotenziale.⁴⁷

Hinweise auf schwache soziale Netzwerke der Bevölkerung in benachteiligten Quartieren gibt eine Untersuchung von Tobias und Boettner (1992). Als typisch traditionelles Arbeiterviertel ist das von ihnen analysierte Problemgebiet durch eine hohe Interaktionsdichte geprägt. Dennoch sind die Kontakte häufig unverbindlich. Oftmals wird versucht, sich von Personen, mit denen man im Alltag regen Kontakt pflegt, durch Diffamierung und soziale Ächtung dieser Personen gegenüber Dritten zu distanzieren. Ein solches Verhalten ist auch durch andere Untersuchungen belegt.

42 Vgl. Klagge 2005, 224 f.

43 Vgl. Klagge 2005, 222 f.

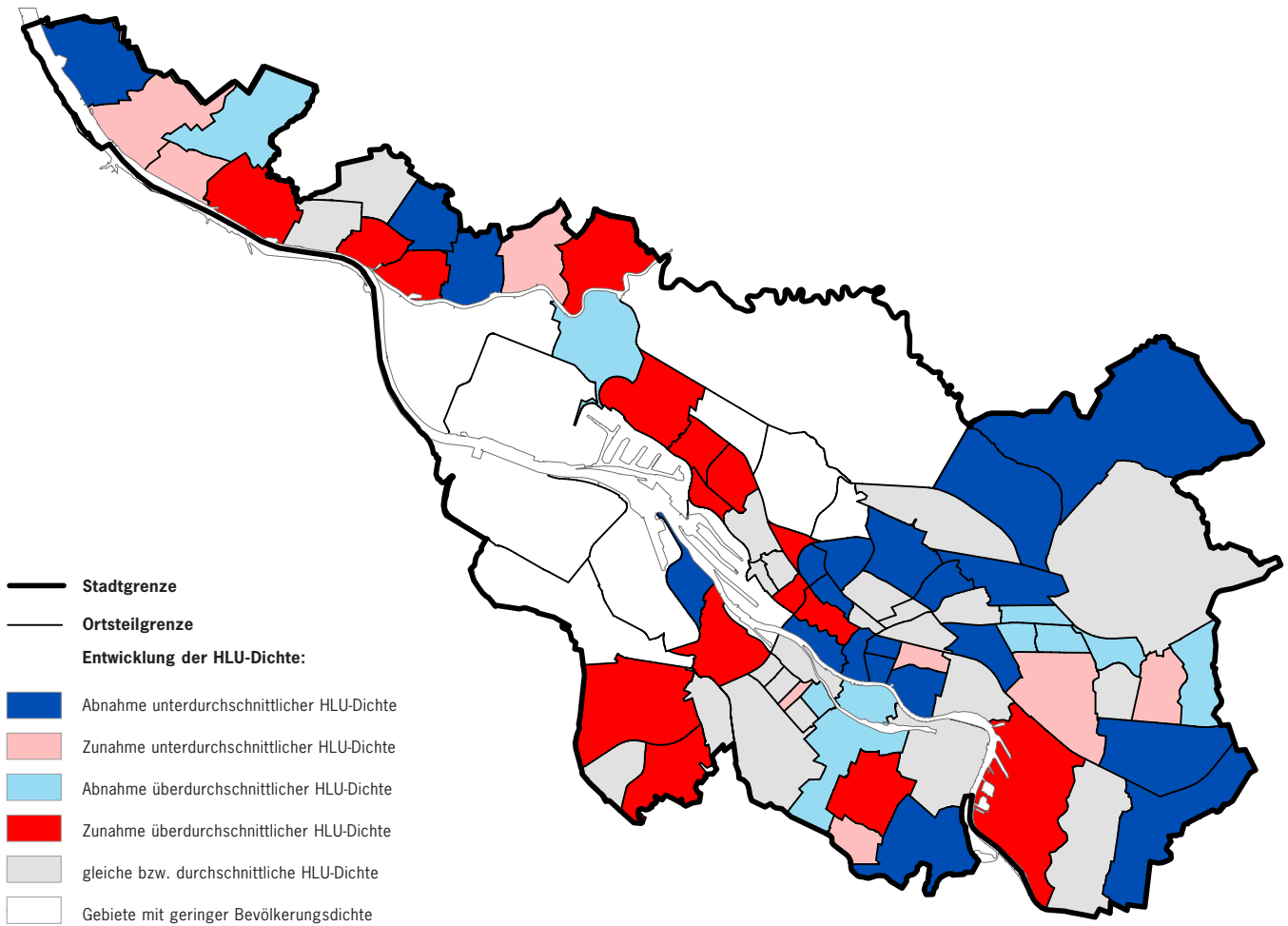
44 Vgl. Farwick 2001, 117.

45 Vgl. ebenda, 143 ff.

46 Vgl. Friedrichs/Blasius 2000.

47 Vgl. Herlyn/Lakemann/Lettko 1991.

Abbildung 1: Räumlich polarisierende Entwicklung der Anteile von Sozialhilfebeziehern (HLU a. E.) in den Ortsteilen der Stadt Bremen von 1999–2004



Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, eigene Berechnungen.

Herlyn, Lakemann und Lettko sehen in der sozialen Distanzierung von Seiten der Befragten den Versuch, durch Abgrenzung gegenüber (vermeintlich) stärker marginalisierten Personengruppen die eigene Randgruppenerfahrung zu kompensieren.⁴⁸ Persönliche Probleme werden in einem solchen Wohnumfeld verstärkt nur mit den nächsten Familienangehörigen und der Verwandtschaft besprochen. Bei finanziellen Problemen versucht man sich selbst zu helfen.⁴⁹

Auch Keim und Neef (2000) beschreiben ein wenig integriertes Milieu in einem großstädtischen Armutsquartier. Sie stellen fest, dass die Familien- und Verwandtschaftsbeziehungen der deutschen Bevölkerung im Quartier in vielen Fällen sporadisch, angespannt und konfliktbeladen sind: »... oft ist der Partner die einzig verlässliche Bezugsperson, ansonsten gibt es allenfalls Beziehungen zu Angehörigen in gleich schlechter Situation.«⁵⁰ Die zahlreichen Freundesbeziehungen von Armut Betroffenen werden als marginal und dürtig bezeichnet. Von diesen Kontakten seien nur wenig gegenseitige materielle Hilfen zu erwarten. Aufgrund der hohen Fluktuation im Quartier und verschiedener Konflikte in der Hausbewohnerschaft (wie zum Beispiel nächtlicher Lärm, mangelnde Sauberkeit in gemeinschaftlich genutzten Wohnbereichen, Sprachbarrieren aufgrund unterschiedlicher Nationalitäten) sind auch die sozialen Beziehungen zur Nachbarschaft deutlich eingeschränkt.

Das Wohnquartier als Ort des Lernens abweichender Handlungsmuster

Die sozialen Beziehungen in lokalen Netzwerken sind aber nicht nur auf ihre unterstützenden Funktionen hin zu bewerten. Insbesondere wenn sich Kontakte auf Personen in gleich schlechter Lage beschränken, besteht die Gefahr der Übernahme abweichender Normen und Handlungsmuster, die dazu führen, dass sich benachteiligte Bevölkerungsgruppen immer mehr von der »Normalgesellschaft« entfernen. Nachteile entstehen, wenn beispielsweise Personen aufgrund vorherrschender Handlungsmuster »... Chancen auf dem Arbeitsmarkt auch dann nicht mehr ergreifen können, wenn diese objektiv wieder gegeben sind.«⁵¹

Eine wesentliche Voraussetzung der Weitergabe »destruktiver« Handlungsmuster ist die soziale Interaktion mit Personen, von denen diese Muster übernommen werden können. Diesbezüglich ist zunächst festzustellen, dass aufgrund der höheren räumlichen Konzentration von Problemgruppen in der näheren Wohnumgebung, bei einer insgesamt hohen Interaktionsdichte, die Wahrscheinlichkeit des Kontakts mit Personen gleicher sozialer Lage steigt. Für diese These sprechen die Ergebnisse der Studie von Herlyn, Lakemann und Lettko, die zeigen, dass Beziehungen zu Freunden und Bekannten im Quartier häufig durch Ähnlichkeiten in der Lebenslage zustande kommen.⁵² So wird von vielen der befragten Personen angemerkt, dass Kontakte entstanden seien, weil die entsprechenden Personen ebenfalls arbeitslos seien beziehungsweise Sozialhilfe bezögen. Auch Friedrichs und Blasius zeigen, dass Arbeitslose überdurchschnittlich mit Arbeitslosen verkehren.⁵³

Bisher liegen für deutsche Städte nur wenige Studien zur wohnquartiersabhängigen Weitergabe von abweichenden Handlungsmustern vor. So können Friedrichs und Blasius Wohnquartiereffekte des »sozialen Lernens« insofern nachweisen, als dass die Toleranz der befragten Personen gegenüber deviantem Verhalten – unabhängig von ihren individuellen Merkmalen – mit dem Anteil der von Armut betroffenen Bevölkerung im Wohnquartier ansteigt. Dieser Effekt stellt sich insbesondere bei Personen ein, die »... überdurchschnittlich viel Zeit im Wohnquartier verbringen und die wenige Netzwerkpersonen haben.«⁵⁴ Auf der Grundlage einer umfangreichen Untersuchung in den Städten Köln und Freiburg hat darüber hinaus Oberwittler⁵⁵ einen deutlichen Zusammenhang zwischen der räumlichen Konzentration von Sozialhilfeempfängern im Wohnquartier und dem Ausmaß schwerer Jugenddelinquenz aufgezeigt.

48 Vgl. Herlyn/Lakemann/Lettko 1991.

49 Vgl. Tobias/Boettner 1992, 39.

50 Keim/Neef 2000, 35.

51 Häußermann 2000, 19.

52 Vgl. Herlyn/Lakemann/Lettko 1991.

53 Vgl. Friedrichs/Blasius 2000.

54 Ebenda, 193.

55 Vgl. Oberwittler 2004.

Das Wohnquartier als Ort von Stigmatisierung und Diskriminierung

Die identitätsbildende Bedeutung des symbolischen Gehalts von Wohnquartieren für verschiedene Formen der Identifikation ist unbestritten. Insbesondere die Prozesse der Selbst-Identifikation und des ›Identifiziert-Werdens‹ mit dem Wohnquartier sind in Bezug auf die Handlungschancen benachteiligter Bevölkerungsgruppen relevant. So kann die diskreditierende symbolische Bedeutung von Problemquartieren aufgrund einer Identifikation mit dem Wohnquartier die Selbstidentität der Bewohner nachhaltig negativ beeinflussen. Infolge des ›Identifiziert-Werdens‹ mit dem symbolischen Gehalt von Problemgebieten kann es vonseiten der außenstehenden Bevölkerung zu Diskriminierungsakten kommen, die sich für die Quartierbewohner zum Beispiel in Form negativer Sanktionshandlungen äußern und diese aus wichtigen Relevanzbereichen des Lebens ausschließen. Eine anhaltende Stigmatisierung von außen kann darüber hinaus rückwirkend wiederum die Veränderungen der Selbstidentität der Quartiersbewohner nach sich ziehen.

Der symbolische Gehalt eines Wohnquartiers wird – über die Personen- oder Verhaltenssymbolik der Bewohner hinaus – verstärkt auch durch objektbezogene Merkmale wie schlechte Wohnverhältnisse, verwahrloste öffentliche Plätze oder mit Graffiti beschmierete Häuserwände bestimmt.⁵⁶ Da Objekte des Wohnquartiers eindeutiger wahrnehmbar sind, zeigt ihr symbolischer Gehalt eine höhere Übereinstimmung und ist oft nachhaltiger als der von Personen- oder Verhaltenssymbolen. Inwieweit sich die Bewohner benachteiligter Wohnquartiere der negativen Bewertung oder sogar Diskriminierung ihres Quartiers bewusst sind, wird durch verschiedene Untersuchungen belegt. Demnach fallen die bei Freunden und Bekannten vermuteten Bewertungen des eigenen Wohnquartiers deutlich schlechter aus als die eigenen und die der übrigen Bevölkerung der Stadt noch einmal schlechter als die der Freunde und Bekannten.⁵⁷

Es ist anzunehmen, dass die beschriebenen Effekte in den Problemgebieten nicht isoliert auftreten. Stattdessen ist von Überlagerungen, Wechselwirkungen und gegenseitigen

Verstärkungen auszugehen. Trotz der zunehmenden Bedeutung derartiger Quartiereffekte existieren bisher kaum empirische Untersuchungen, die einen Effekt der räumlichen Konzentration sozialer Probleme im Wohnquartier auf die Lebenslagen der Bewohner empirisch belegen. Eine Untersuchung zum Einfluss von Wohnquartieren auf die Dauer von Armutslagen in den Städten Bremen und Bielefeld konnte allerdings unter Berücksichtigung verschiedenster personenbezogener Merkmale beziehungsweise Merkmalskombinationen zeigen, dass mit dem Anstieg der räumlichen Konzentration von Armut im Quartier auch die Dauer von Armutslagen signifikant zunimmt.⁵⁸

3.6 Strategien der Vermeidung extremer Ausprägungen einer räumlichen Polarisierung von Problemgruppen

Aufgrund der vielfältigen Problemlagen in den segregierten Gebieten sind rein bauliche Maßnahmen, wie sie bisher im Rahmen der Stadtteilsanierung als klassisches Instrument der Stadtentwicklungspolitik durchgeführt wurden, nicht mehr adäquat. Vielmehr müssen quartiersbezogene integrierte Ansätze greifen, die die Wechselwirkungen der baulichen und sozialen Problematik berücksichtigen und diese durch ressortübergreifende Handlungsprogramme umfassend bearbeiten. Schon zu Beginn der 1990er Jahre wurden in den Bundesländern Berlin, Bremen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen derartige quartiersbezogene Stadtentwicklungsprogramme aufgelegt, bevor im Jahr 1998 das Bund-Länder-Programm ›Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt‹ gestartet wurde. Die im Rahmen dieses Programms durchgeführten Projekte konnten insgesamt eine deutliche Verbesserung sowohl der baulichen als auch der sozialen Situation in den Quartieren bewirken⁵⁹ und haben dazu beigetragen, die sich selbst verstärkende Abwärts-spirale selektiver Migration in den Problemgebieten aufzuhalten und einer fortschreiten-

⁵⁶ Vgl. Vaskovics 1976, 63.

⁵⁷ Friedrichs/Blasius 2000.

⁵⁸ Farwick 2001, 123 ff.

⁵⁹ Vgl. BMVBW 2004; Farwick/Petrowsky 2005.

den Segregation von sozial schwachen Bevölkerungsgruppen entgegenzuwirken.

In Bezug auf den monotonen Geschosswohnungsbau des sozialen Wohnungsbaus der 1960er und 1970er Jahre hat sich allerdings gezeigt, dass die Abwärtsspirale von baulichen Mängeln, sozialer Problematik, Fortzug und hohen Leerständen mit den herkömmlichen Stabilisierungsmaßnahmen kaum mehr aufzuhalten ist. Auch vor dem Hintergrund einer im Zuge des demografischen Wandels in vielen Städten weiterhin schrumpfenden Nachfrage am Wohnungsmarkt stellen Rückbaumaßnahmen in Kombination mit der Modernisierung des verbleibenden Wohnungsbestands auch aus betriebswirtschaftlichen Gründen häufig die einzige Strategie dar, dem fortschreitenden Niedergang der Quartiere Einhalt zu gebieten.⁶⁰ Ein im Anschluss an den Rückbau zu realisierender Neubau von Wohnungen auf den frei werdenden Flächen kann durch die Attraktion sozial gemischter Bewohnergruppen zu einer weiteren Stabilisierung der Quartiere beitragen. Beispiele eines gelungenen Rückbaus von Großwohnanlagen finden sich seit einiger Zeit in den Niederlanden, wo durch den Bau von Einfamilien-, Reihen- und niedriggeschossigen Appartemententhäusern, zusammen mit der Errichtung neuer Infrastruktur- und Dienstleistungseinrichtungen, eine Wohnangebotsvielfalt geschaffen wurde, die eine sozial stabile Bevölkerungsstruktur sicherstellt. Auch in Deutschland zeigen sich zunehmend gute Beispiele für die Nachnutzung von Abbruchflächen mit einer attraktiven kleinteiligen Wohnbebauung.⁶¹

In vielen Fällen werden bauliche Aufwertungs- und soziale Stabilisierungsmaßnahmen durch positive Imagekampagnen begleitet, die helfen, die erreichten Verbesserungen auch über die Grenzen des Quartiers hinaus bekannt zu machen und damit Prozesse der Stigmatisierung und Diskriminierung von außen abzubauen.⁶² Als gutes Beispiel steht die wiederum aus den Niederlanden stammende Strategie des ›Neighbourhood Branding‹. Hier wurde im Anschluss an bauliche Erneuerungen und Wohnumfeldverbesserungen unter Einbezug der Bewohner zunächst eine Stärken- und Schwächenanalyse durchgeführt, um auf dieser Grundlage das Wohnquartier durch zielgerichtete Projekte auf ein spezifisches

Profil – eine Marke – hin zu entwickeln.⁶³

Allerdings erweisen sich derartige Strategien zur Verbesserung des Images als wenig nachhaltig, wenn sie nicht auf substanziellen Verbesserungen in den Quartieren beruhen.

Auch die Wohnungswirtschaft selbst kann durch ein sozial ausgewogenes Belegungsmanagement stabile nachbarschaftliche Strukturen erhalten und entwickeln. Dieses sollte jedoch nicht mit festgelegten, diskriminierenden Quotierungen in Bezug auf Bevölkerungsgruppen, die als sozial problematische Mieter gelten, operieren, sondern auf der Basis einer einzelfallorientierten Überprüfung der Verträglichkeit unterschiedlicher sozialer Gruppen unter Beteiligung der betroffenen Mieterschaft erfolgen.⁶⁴ Darüber hinaus sind Kooperationsverträge zwischen der Wohnungswirtschaft und der Kommune denkbar, auf deren Grundlage bestehende und zumeist an Wohnungen im Bestand von Großwohnanlagen gebundene Belegungsrechte innerhalb der Wohnungsbaugesellschaften auf bisher ungebundene Wohnungen übertragen werden können. Somit wird der zuvor auf wenige Wohnquartiere konzentrierte und für einkommensschwache Gruppen so wichtige Bestand an belegungsgebundenen Wohnungen gleichmäßiger über das Stadtgebiet verteilt.⁶⁵

Ziel der aufgezeigten Maßnahmen kann nicht sein, die fortschreitende soziale Segregation innerhalb der Städte grundsätzlich zu verhindern. Diese hat ihre Ursachen vorrangig in den sozialen Spaltungstendenzen der Gesellschaft und ist durch lokale Maßnahmen innerhalb der Städte nicht zu beseitigen. Da aber die soziale Segregation nicht nur Ausdruck von sozialer Ungleichheit, sondern in ihrer extremen Form aufgrund der damit verbundenen negativen Quartierseffekte auch deren Ursache darstellt, sollte auf der Grundlage der skizzierten Strategien alles unternommen werden, um besonders problematische Ausmaße der räumlichen Polarisierung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen abzuschwächen beziehungsweise zu vermeiden.

60 Vgl. ILS/ZEFIR 2003, 169 ff.

61 Vgl. Ruland 2006, 173 ff.

62 Vgl. ILS 2006.

63 Vgl. Zimmer-Hegmann/Fasselt 2006, 209.

64 Vgl. ILS/ZEFIR 2003, 135.

65 Vgl. ILS 2004, 29 ff.

Literatur

- Alber, Jens/Fliegner, Florian (2006): Eine merkwürdige Debatte. In: WZB-Mitteilungen, Heft 114, 22–24.
- BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung) (2005): Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin.
- BMVBW (Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen) (2004): Die Soziale Stadt. Ergebnisse einer Zwischenevaluierung, Berlin.
- Bundesagentur für Arbeit (2007): Statistik der Bundesagentur für Arbeit Arbeitsmarkt in Zahlen, Bestand an Arbeitslosen – Arbeitslosenquoten-, Monats-/Jahreszahlen 2006.
- Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V. (1998): Überforderte Nachbarschaften. Zwei sozialwissenschaftliche Studien über Wohnquartiere in den alten und den neuen Bundesländern. Köln; Berlin: GdW.
- Con_Sens (2007): Benchmarking 2006 der 16 großen Großstädte Deutschlands. Leistungen nach dem SGB XII, Hamburg.
- Creditreform (2006): Schuldneratlas Deutschland. Jahr 2006, Neuss.
- Difu (Deutsches Institut für Urbanistik) (2006): Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance, Berlin.
- Farwick, Andreas (2001): Segregierte Armut in der Stadt. Ursachen und soziale Folgen der räumlichen Konzentration von Sozialhilfeempfängern, Opladen: Leske + Budrich.
- Farwick, Andreas / Petrowsky, Werner (2005): Evaluation der Programme ›Wohnen in Nachbarschaften – WiN‹ und ›Soziale Stadt‹ in Bremen. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 2/3, 147–157.
- Friedrichs, Jürgen / Blasius, Jörg (2000): Leben in benachteiligten Wohngebieten, Opladen: Leske + Budrich.
- Friedrichs, Jürgen / Kecskes, Robert (Hrsg.) (1996): Gentrification. Theorie und Forschungsergebnisse, Opladen: Leske + Budrich.
- Goebel, Jan / Habich, Roland / Krause, Peter (2006): Einkommen – Verteilung, Angleichung, Armut und Dynamik. In: Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 2006, 607–624.
- Harth, Annette; Herlyn, Ulfert; Scheller, Gitta (1998): Segregation in ostdeutschen Städten. Eine empirische Studie. Opladen: Leske + Budrich.
- Harth, Annette / Scheller, Gitta / Tessin, Wulf (Hg.) (2000): Stadt und soziale Ungleichheit, Opladen: Leske + Budrich.
- Häußermann, Hartmut (2000): Die Krise der ›sozialen Stadt‹. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/11, 13–21.
- Häußermann, Hartmut / Kapphann, Andreas (2004): Berlin: Ausgrenzungsprozesse in einer europäischen Stadt. In: Häußermann; Kronauer; Siebel 2004, 203–234.
- Häußermann, Hartmut / Kronauer, Martin / Siebel, Walter (2004): Stadt am Rand: Armut und Ausgrenzung. In: Häußermann; Kronauer; Siebel 2004, 7–42.
- Häußermann, Hartmut / Kronauer, Martin / Siebel, Walter (Hg.) (2004): An den Rändern der Städte, Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (1995): Dienstleistungsgesellschaften, Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (1996): Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens, Weinheim; München: Juventa.
- Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (2004): Stadtsoziologie. Eine Einführung, Frankfurt am Main: Campus.
- Herlyn, Ulfert. / Lakemann, Ulrich / Lettko, Barbara. (1991): Armut und Milieu, Basel [u. a.]: Birkhäuser.
- ILS (Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung) (2004): Belegungsmanagement in der integrierten Stadt(teil)entwicklung, Dortmund.
- ILS (Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung) (2006): Der Stadtteil als Marke – Strategien zur Imageverbesserung, Dortmund.
- ILS/ZEFIR (Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung) (2003): Sozialraumanalyse – Soziale, ethnische und demografische Segregation in den nordrhein-westfälischen Städten, Dortmund.
- IWU (Institut Wohnen und Umwelt) (2005): Auswirkungen des Wegfalls von Sozialbindungen und des Verkaufs öffentlicher Wohnungsbestände auf die Wohnungsversorgung unterstützungsbedürftiger Haushalte. Abschlussbericht, Darmstadt.
- Janßen, Andrea (2004): Segregation in Großstädten: Das Problem der Messung und Interpretation. In: Stadtforschung und Statistik. Zeitschrift des Verbands der Deutschen Städtestatistiker, Heft 1, 19–23.
- Keim, Rolf / Neef, Rainer (2000): Ressourcen für das Leben im Problemquartier. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/11, 30–39.
- Klagge, Britta (1999): Armut in den Städten der Bundesrepublik Deutschland. Ausmaß, Strukturen und räumliche Ausprägungen, DFG-Endbericht, Bremen.
- Klagge, Britta (2005): Armut in westdeutschen Städten. Strukturen und Trends aus stadtteilorientierter Perspektive. Stuttgart, Franz Steiner Verlag.
- Krings-Heckemeier, Marie-Therese / Pfeiffer, Ulrich (1998): Überforderte Nachbarschaften: Soziale und ökonomische Erosion in Großsiedlungen. In: Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V. 1998, 19–162.
- Oberwittler, Dietrich (2004): Stadtstruktur, Freundeskreise und Delinquenz. Eine Mehrebenenanalyse zu sozialökologischen Kontexteffekten auf schwere Jugenddelinquenz. In: Oberwittler/Karstedt 2004, 135–170.
- Oberwittler, Dietrich / Karstedt, Susanne (Hg.) (2004): Soziologie der Kriminalität, Sonderheft 43 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Wiesbaden, Westdeutscher Verlag.
- Ruland, Ricarda (2006): Welche Zukunft hat die Platte? Rahmenbedingungen und Strategien für den Umgang mit den ostdeutschen Großsiedlungen. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3/4, 169–177.
- Saldern, Adelheid von (2000): Soziale Ungleichheit in historischer Perspektive. In: Harth / Scheller / Tessin 2000, 64–78.
- Schäfers, Bernhard (2000): Historische Entwicklung der Sozialstruktur in Städten. In: Harth / Scheller / Tessin 2000, 64–78.
- Statistisches Bundesamt (2005): Sozialhilfe in Deutschland 2004, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2006): Teil I: Gesellschaft, Wirtschaft, Staat im Spiegel der Statistik. In: Statistisches Bundesamt 2006, 23–431.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (2006): Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung.
- Statistisches Landesamt Bremen (2006): Statistisches Jahrbuch 2006, Bremen.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2007): Verbraucherinsolvenzen 2006 in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, 9/2007, 37–42.
- Tobias, Gertrud; Boettner, Johannes (Hg.) (1992): Von der Hand in den Mund, Essen, Klartext.
- Vaskovics, L. A. (1976): Segregierte Armut. Randgruppenbildung in Notunterkünften, Frankfurt am Main [u. a.]: Campus.
- Zimmer-Hegmann, Ralf / Fasselt, Jan (2006): Neighbourhood Branding – ein Ansatz zur Verbesserung des Images von Großwohnsiedlungen. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3–4, 203–214.